

produktiv eingesetzt würden. Die Verknüpfung zahlreicher Einzelelemente und -strömungen, wie sie hier geleistet wird, verdient uneingeschränkte Anerkennung; das hier entrollte Panorama hat etwas durchaus Imponierendes, der hier eingeschlagene Weg einer Synthese erscheint zweifellos zukunftsfruchtig. Beeinträchtigt wird dieses Bild freilich durch ein fast durchgängiges Raster plakativer Wendungen in Gestalt von Begriffen wie „Ausbeutung“, „parasitäre Methoden“ etc. Der absolutistische Staat und die „Feudalherren“ verfallen diesem Verdikt gleichermaßen — man wird sich in diesem Zusammenhang zu fragen haben, inwieweit es berechtigt ist, den Staat — auch einen solchen, dem ausdrücklich „Klassencharakter“ (S. 143) attestiert wird — auf eine Stufe mit einem adeligen Grundherrn zu stellen.

Das Fazit der vorgelegten Untersuchungen besteht für die Autoren darin, daß die Häufung partieller Krisenphänomene kein Zufall ist, daß man von einer „allgemeinen Krise“, von „der Krise des feudalen Systems als Ganzes“ mit Recht sprechen darf; diese wird in den umfassenderen Kontext einer „absteigenden Phase“ der „Feudalgesellschaft“ (S. 208) eingebettet und als Kennzeichen der „Feudalgesellschaft in Europa“ (ebenda) begriffen. Sie gilt, der ideologischen Position der Autoren entsprechend, letztlich als Folge, die sich aus dem „Widerspruch zwischen der beschleunigten Entwicklung der Produktivkräfte und dem feudalen Charakter der Produktionsverhältnisse“ (S. 203) ergeben hat, oder, wie es an anderer Stelle, am begrenzteren Beispiel der Handelsbeziehungen, in einer dem nicht-marxistischen Betrachter geläufigeren Sprache, expliziert wird, als Antagonismus zwischen einem sich entwickelnden „freien Markt“ und außerökonomischen Kontrollmechanismen. „Krise“ in diesem Sinne ließe sich auch als das Resultat einer durch bürokratische Bevormundung gebremsten Spontanität definieren.

Das von E. und R. Melville sachgerecht übersetzte Buch vermittelt einen guten Einblick in den Diskussionsstand der „Krisen“-Problematik, zeigt darüber hinaus aber auch mögliche Forschungsstrategien auf und stellt seinen Verfassern das Zeugnis ausgebreiteter Detailkenntnisse und eindringender Behandlung der Materie aus. Für ein Werk, das man sich gerade auch in der Hand von Studenten wünscht, wäre es freilich angezeigt gewesen, von seiten des Verlags bzw. der Herausgeber in einer kurzen Einführung Position und Sichtweise der Autoren, die, wie sie ausführen, in erster Linie für ein „tschechisches Fachpublikum“ (S. 7) geschrieben haben, deutlich zu machen.

Köln

Günter Christ

*Günter Wollstein, Das Großdeutschland der Paulskirche. Nationale Ziele in der bürgerlichen Revolution 1848/49.*

Droste Verlag, Düsseldorf 1977, 388 S., DM 58,—.

Die Kölner Habilitationsschrift von 1977 greift ein Thema auf, das lange vernachlässigt bzw. als nicht geschichtsrelevant nicht berücksichtigt wurde. Vor dem Hintergrund einer gerade in jüngster Zeit erneut aufgeflammt Diskussion über nationale Identität und Formen nationaler Staatlichkeit, vielfach losgelöst aus ihrem historischen Bezugsrahmen, kann Wollsteins Arbeit manche interessante Einsichten

vermitteln, die am Beispiel der deutschen Frage 1848/49 zeigen können, warum unsere europäischen Nachbarn vom „deutschen Problem“ sprechen und im Grunde an einer Wiederherstellung des deutschen Nationalstaates von 1871, der 1945 auseinandergebrochen ist und für dessen Verfassung die Paulskirche die Basis lieferte, nicht interessiert sind.

Ziel der Untersuchung Wollsteins ist es, „die nationalen Konzeptionen der Repräsentanten der deutschen Nationalbewegung in den Jahren 1848/49, vor allem der Parlamentarier der Paulskirche, in ihrer Entwicklung, in ihrer Vielschichtigkeit und ihren Schwerpunktsetzungen aufzuzeigen und die konkreten Ziele, die angestrebten Konturen eines deutschen Reiches, klar vorzustellen und zu analysieren“ (S. 15), um so zu einer ausgewogenen Gesamtbeurteilung der Revolution von 1848/49 und ihrer kurz- und langfristigen Wirkung beizutragen. Die gewählte Fragestellung bedingte es, daß verschiedene wichtige Aspekte der Revolutionszeit in Deutschland nur am Rande behandelt, oder vollkommen ausgeblendet wurden.

Für seine Studie hat der Verf. erstmals in umfassender Weise Materialien aus einem Archiv benutzt, dessen Bestände von der historischen Forschung bislang viel zu wenig herangezogen und ausgewertet wurden; dies gilt gleichermaßen für die Zeit der Paulskirche wie für die gesamte ‚Lebenszeit‘ des Deutschen Bundes 1815—1866: Das Bundesarchiv mit seiner Außenstelle Frankfurt am Main. Ausgewertet hat Wollstein die dort aufbewahrten zahlreichen Nachlässe und Nachlaßfragmente, die Akten zu Vorparlament und Fünfziger-Ausschuß, die Akten der Reichsministerien (Äußeres, Handel, Finanzen, Marine), die Protokolle des Gesamtreichsministeriums sowie die Papiere verschiedener Ausschüsse. Ergänzt wurde diese Materiallage durch die Korrespondenz von Parlamentsgruppierungen und die Flut von zeitgenössischen Flugschriften, die weit verstreut sind. Für die Benutzbarkeit der Wollsteinschen Arbeit durch den Historiker und den interessierten Laien, für den diese Arbeit im Gegensatz zu manchen anderen Darstellungen der historischen Zunft sprachlich zumutbar ist, wäre es sehr hilfreich gewesen, wenn der Verf. die ausgewerteten Flugschriften nach Bibliotheks- und Archivfundorten und nicht alphabetisch aufgelistet hätte. Hilfreich für die Untersuchung wäre es sicherlich auch gewesen, Material aus anderen Archiven des In- und Auslandes heranzuziehen, u. a. als Ergänzung.

Als Gliederungsprinzip seiner Studie hat Wollstein nationale Einzelprobleme gewählt, die aber nicht unverbunden nebeneinandergestellt werden: Auf die Darstellung der Schleswigproblematik, die für die Erfolgchancen eines konstitutionellen deutschen Reiches 1848/49 von zentraler Bedeutung werden sollte, folgt die Erörterung der Themen Posen, Böhmen, Oberitalien und Limburg. Der Begründung einer deutschen Flotte, die insbesondere Großbritannien, das einer engeren politischen Zusammenfassung Mitteleuropas aufgeschlossen gegenüberstand, irritieren mußte, mit ihrem Bündel von aufgeworfenen Fragen folgt als letztes Großkapitel das über Österreich.

Aus vielfältigen Gründen bedeutete die Schleswigfrage für die Paulskirche das zentrale außenpolitische Einzelproblem. Die Darstellung und Erörterung dieser Frage verdeutlicht das 1848/49 vorhandene Spannungsverhältnis zwischen den Kräften, die eine deutsche Nationalstaatsgründung in Übereinstimmung mit der

Interessenlage der anderen europäischen Staaten anstrebten, und denjenigen, die politisch-territorialen, machtpolitischen Utopien nachjagten. Mit der Entscheidung der Nationalversammlung vom 9. Juni 1848, die Schleswigfrage zu einer Frage der deutschen Nation zu machen, wurde eine Weichenstellung in die letztgenannte Richtung vollzogen. Es zeigte sich hier u. a. ein fataler Trend. Die Paulskirche war nur allzu bereit, „in der Schleswigfrage die nationale Ehre Deutschlands über alles andere zu stellen und die Politik von der Hoffnung auf das Parlament als Mittel der elementaren Machtentfaltung Deutschlands und auf einen Krieg als innenpolitischen Integrationsfaktor bestimmen zu lassen“ (S. 97). Zu Recht bezeichnete daher der Bremer Kaufmann und Reichsminister für Handel und Marine in der provisorischen Reichsgewalt rückblickend „diese Schwärmerei für ganz Schleswig und Holstein ungetrennt“ als „Todesstoß für die deutsche nationale Bewegung“ 1848/49. In der Schleswigfrage waren auch romantisch-irrationale Strömungen im nationalen Denken sichtbar geworden. In der Argumentation für die Zugehörigkeit ganz Schleswigs zu Deutschland berief man sich auf eine verklarte Reichs- und Hansetradition.

Die Posenfrage 1848 eignet sich sehr gut, um den erschreckend schnellen Wandel von einer pro-polnischen Grundstimmung aus der Zeit des „Völkerfrühlings“ ab 1830 zu einer Politik des nationalen, deutschen Egoismus zu demonstrieren, der die deutsche Minderheit bevorzugte. In Posen zunächst favorisierte Ansätze, die durchaus im Sinne der Verwirklichung des Polenprotokolls vom Februar 1815 waren, wurden zurückgedrängt und damit eine Chance für ein friedliches, harmonisches Mit- und Nebeneinander unterschiedlicher ethnischer Gruppen vertan.

Während die beiden ersten politisch-territorialen Komplexe Gebiete betrafen, die außerhalb der alten Bundesgrenzen lagen, traf dies für Oberitalien, Limburg und Böhmen nicht zu. Hier konnte es nur um Besitzstandwahrung gehen. Das Gegensatzbewußtsein war hier nicht so stark entwickelt und emotionalisiert worden. Die Bereitschaft zum Ausgleich der Nationalitäten überwog, und nur von extremen Gruppen wurde einer Germanisierung der nichtdeutschen Bevölkerung das Wort geredet. In der Frankfurter Nationalversammlung wurde davon ausgegangen, daß diese Gebiete zum Deutschen Reich gehören würden, so daß bei der Mehrzahl der Abgeordneten die Bereitschaft zu einer toleranten Minderheitenpolitik überwog.

Eine Politik des Ausgleichs zwischen den Nationalitäten bot sich vor allem in Böhmen an, wo die staatliche Selbständigkeit schon lange zurück lag und sich bei der Bevölkerung, unabhängig von der ethnischen Zuordnung, ein gesamtböhmischer Patriotismus entwickelt hatte, zumal gerade diese Faktoren den schlagartigen Ausbruch von Feindseligkeiten verhindern konnten. Dennoch wurde auch in Böhmen schließlich die Wendung vom „Völkerfrühling“ zum elementaren Konflikt ebenso scharf vollzogen wie in Posen. Ausgangspunkt waren die wachsenden Spannungen zwischen dem deutschen Parlament in Frankfurt und dem in Prag tagenden Slawenkongreß. Sehr bald wurden die Begriffe „Frankfurt“ und „Panslawismus“ zu Chiffren im politischen Kampf, die wechselseitig Bedrohung oder Hoffnung versprachen. Sie wurden „zum Symbol für die Einigung und Machtzusammenballung der deutschen oder germanischen beziehungsweise der slawischen Völker“ (S. 319). Für die Paulskirche bedeuteten Slawenkongreß und Palackýs slawische Legende, wie es Karl Bosl formuliert hat, keine ernst zu nehmende konkurrierende Kraft.

Die Furcht vor einer antiliberalen, russisch geführten panslawistischen Allianz schuf in Frankfurt ein emotionales Klima, das in Böhmen einem deutsch-tschechischen Ausgleich immer weniger Erfolgsaussichten beließ. Verschiedene Abgeordnete bezeichneten die Slawen als Feinde Deutschlands, nannten Böhmen den „slawischen Keil in der deutschen Eiche“ und ermutigten Radikale wie Kerst und Jordan, offen für eine Germanisierung fremder Volksteile zu plädieren. Der gemäßigten Haltung der böhmischen Abgeordneten in der Paulskirche und den gesamtpolitischen Konstellationen war es zu verdanken, daß für Böhmen ein großzügiger Minderheitenschutz proklamiert wurde und auftretende Konfliktsituationen durch eine Politik der „aufklärend-pädagogischen Schritte“ entschärft werden sollten. Dennoch hinterließen hier wie auch in den anderen Konfliktregionen nationale Überheblichkeit und machtpolitische Ambitionen der Deutschen tiefe Spuren im historischen Bewußtsein der betroffenen Völker.

Das Österreichkapitel bringt bereits ein erstes Resümee der nationalen Leitvorstellungen und Einzelfragen. Dabei hebt Wollstein insbesondere hervor, daß die Konzeption der kleindeutschen Lösung der nationalen Frage der Deutschen in den Verfassungsdiskussionen des Oktober 1848 keine Rolle spielte und auch später lediglich als Teilprogramm für die politisch-territoriale Struktur Deutschlands galt. Die Debatten um die Lösung des „Österreichproblems“ gleichzeitig mit der deutschen Staatsgründung führten mit „einiger Zwangsläufigkeit zur Entwicklung einer Anzahl von Modellen, deren Realisierung Deutschland zu einer klar hegemonialen Stellung verholfen und den nationalen Charakter des Reiches deutlich gesprengt hätte“ (S. 330). Es ist die Rede von Kolonialplänen in Südosteuropa, deutschen Stützpunkten im Schwarzen Meer, Annexionen an der Adria, einem von Deutschland geführten „organischen Verband“ germanischer Staaten, einem Völkerbund mit deutschem Kern. Von Bedeutung wurde vor allem der Plan eines deutschen Mitteleuropa — wobei, wie im Falle Deutschland, auch hier der Begriff nicht klar durch einen geographischen Raum definiert wird —, das bereits als „Großdeutschland“ bezeichnet wird „und dessen Kraft — bei unterschiedlicher Schwerpunktsetzung — auf seiner territorialen Basis sowie der Wahrnehmung seiner Interessen im Westen, im Nordosten, im Südosten, am Mittelmeer und in Übersee beruhen sollte“. Es klingen hier in den Diskussionen Töne und Gedanken an, die im Verlauf der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts in unterschiedlichen historischen Situationen und Konstellationen wiederkehren sollten. Allerdings wäre es problematisch, hier durchgängige Kontinuitätslinien von der Paulskirche über das wilhelminische Deutschland und die Weimarer Republik zum nationalsozialistischen Deutschland zu ziehen. Hier ist Wollstein auch vorsichtig.

Es ist das Verdienst der Arbeit Wollsteins, gezeigt zu haben, welche national- und territorialpolitischen Vorstellungen im breiten Spektrum der deutschen Nationalbewegung vorherrschten. Er stützt damit die These, daß auch 1848 eine „Radikallösung“ für Europa geworden wäre. Damit wird das Interesse auf Alternativlösungen für die deutsche Frage im 19. Jahrhundert gelenkt und somit auf ein weithin unbeackertes Feld für die historische Forschung.